



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 15.05.2026 bis 22.05.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Armenien: Aserbaidschan reißt christliche Gotteshäuser in erobelter Enklave ab	3
China: Christliche Verleger leiden unter harten Haftbedingungen	4
Deutschland: Baptisten warnen vor Aufrüstung und „destruktiver Machtpolitik“	5
Deutschland: Bibeln in einer Kirche angezündet	6
Deutschland: Johannes Volkmann (CDU) über Christenfeindlichkeit: „Es reicht“	7
Deutschland: Lebensschutz an der Uni - Gericht stärkt ProLife Heidelberg	8
Deutschland: Schüsse auf Hanauer Kirche	9
Europa: Konferenz gegen Muslimbruderschaft mit Imam Twahidi im EU-Parlament	10
Großbritannien: Antisemitische Gewalt	12
Indien: Geiselkrise in Manipur Christliche	13
Indonesien - Papua: Katholiken bei Drohnenangriff auf Kirche verletzt	14
Iran: Weitere Menschenrechtsverletzungen inmitten des Krieges	16
Israel: Interreligiöser Marsch für Menschenrechte und Frieden	17
Myanmar: "Radio Veritas Asia": Stimme der Hoffnung im Bürgerkrieg	18
Nigeria: Besorgnis um entführte Lehrkräfte und Schulkinder im Bundesstaat Oyo	19
Nordirland: Pastor wegen Predigt nahe Abtreibungsklinik verurteilt	20
Pakistan: Ein weiterer Fall von Zwangskonversion und Entführung?	21
Pakistan: Kardinal Coutts: "Pakistan als Friedensvermittler"	23
Pakistan: Wieder ein Fall von Entführung und Zwangskonversion	24
Saudi-Arabien: Als Christ im kirchenlosen Königreich	26

Armenien: Aserbaidschan reißt christliche Gotteshäuser in eroberter Enklave ab

ICC-Nachrichten & Berichte - Armenische christliche Führer und internationale Verfechter der Religionsfreiheit verurteilen Aserbaidschan, nachdem Satellitenbilder den Abriss von zwei armenischen Kirchen in Stepanakert bestätigt haben, der Hauptstadt der umstrittenen Region Bergkarabach, die den Armeniern als Artsakh bekannt ist.

Die Zerstörung hat die seit langem bestehenden Befürchtungen verstärkt, dass auf den militärischen Sieg Aserbaidschans in der Region die systematische Auslöschung des christlichen Erbes folgen würde. Durch Satellitenbilder gestützte Untersuchungen haben Schäden oder die Zerstörung von Hunderten religiöser und kultureller Stätten in Artsakh bestätigt. Zu den kürzlich zerstörten Stätten gehören die Kathedrale der Heiligen Mutter Gottes, eine der bedeutendsten Kirchen von Stepanakert, und die St.-Jakobs-Kirche. Laut Radio Free Europe bestätigten Ende April aufgenommene Satellitenbilder, dass beide Bauwerke in den letzten Wochen dem Erdboden gleichgemacht wurden, nachdem sie jahrelange Konflikte unbeschadet überstanden hatten.

Der Bau der Kathedrale der Heiligen Mutter Gottes begann 2006, und die Kirche wurde 2019 geweiht. Während der Kriege um Artsakh diente der Keller der Kathedrale als Luftschutzbunker für Zivilisten. Die Zerstörung erfolgte weniger als drei Jahre, nachdem Aserbaidschan im September 2023 die vollständige Kontrolle über Bergkarabach übernommen hatte, was die Massenflucht von etwa 120.000 ethnischen Armeniern aus der Region auslöste.

Seitdem haben armenische Kirchenführer und Denkmalschutzorganisationen wiederholt davor gewarnt, dass armenisch-christliche Denkmäler, Klöster, Friedhöfe und Kirchen, die sich noch auf aserbaidschanisch kontrolliertem Gebiet befinden, in großer Gefahr sind. Der Heilige Stuhl von Etschmiadsin, die oberste Autorität der Armenisch-Apostolischen Kirche, warf Aserbaidschan laut armenischen Medienberichten vor, absichtlich armenisch-christliche Heiligtümer ins Visier zu nehmen, um die armenische Geschichte aus Artsakh auszulöschen.

Eine Erklärung des regierungsnahen Kaukasischen Muslimrats Aserbaidschans bestätigte den Abriss und bezeichnete die Kirchen als illegitime Bauten. Armenische Beobachter sagen, die Begründung spiegele ein umfassenderes Bestreben wider, die historische Präsenz der armenischen Christen in der Region gänzlich zu leugnen.

Die Zerstörung des armenischen religiösen Erbes in den von Aserbaidschan kontrollierten Gebieten ist kein neues Problem. Menschenrechtsaktivisten und Wissenschaftler dokumentieren seit Jahren das Verschwinden armenischer Kirchen, Kreuzsteine und Friedhöfe in Gebieten wie Nachitschewan, wo in den vergangenen Jahrzehnten Tausende mittelalterlicher armenischer Denkmäler zerstört wurden. Internationale Beobachter haben nach wie vor weitgehend keinen Zugang zu vielen ehemaligen armenischen Bevölkerungszentren in Bergkarabach, was Forscher und Journalisten dazu zwingt, sich bei der Beurteilung des Zustands religiöser und kultureller Stätten stark auf Satellitenbilder und Geolokalisierungsanalysen zu stützen.

Einige christliche Interessenverbände und Rechtsorganisationen haben das Vorgehen Aserbaidschans als kulturellen Völkermord bezeichnet und argumentieren, dass die Zerstörung von Kirchen und religiösen Denkmälern untrennbar mit der Zwangsvertreibung der armenisch-christlichen Bevölkerung verbunden ist, die dort einst ihren Glauben ausübte.

Die Angelegenheit wirft zudem Fragen hinsichtlich der Tragfähigkeit der jüngsten diplomatischen Bemühungen zwischen Armenien und Aserbaidschan auf. Während internationale Vertreter die laufenden Verhandlungen als Weg zum regionalen Frieden lobten, warnen armenisch-christliche Führer, dass jede Vereinbarung, die den Schutz der Religionsfreiheit und die Bewahrung der Kultur außer Acht lässt, die Gefahr birgt, die bereits im Gange befindliche irreversible Zerstörung zu legitimieren.

Für viele Armenier bedeutet der Verlust der Kirchen in Stepanakert mehr als nur den Abriss von Gebäuden. Er wird als Teil der Bemühungen angesehen, die sichtbaren Zeugnisse jahrhundertelangen armenisch-christlichen Lebens aus einer Region zu entfernen, in der Kirchen, Klöster und Kreuzsteine lange Zeit als beständige Symbole des Glaubens und der Identität dienten.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

China: Christliche Verleger leiden unter harten Haftbedingungen

ICC-Nachrichten & Berichte - Chang Yuchun und seine Frau Li Chenhui befinden sich weiterhin unter brutalen Bedingungen in getrennten Gefängnissen in der Stadt Xi'an in der chinesischen Provinz Shaanxi.

Das Ehepaar war 2015 in Xi'an am Druck christlicher Literatur und Materialien beteiligt. Im Juli 2020 wurde ihr Unternehmen durchsucht und geschlossen. Die Staatssicherheit beschlagnahmte mehr als 210.000 christliche Bücher.

Im selben Monat wurden Chang Yuchun und Li Chenhui festgenommen und verhaftet. Sie wurden 2021 wegen des illegalen Drucks von Materialien ohne die erforderlichen Lizenzen verurteilt.

Im Gefängnis mussten sie Folter, Hunger und andere harte Behandlungen durch die Gefängniswärter und andere Häftlinge erdulden. Laut Angaben ihres Sohnes hat sich ihr Gesundheitszustand rapide verschlechtert. Chang Yuchun leidet mittlerweile an einer schweren Wirbelsäulenerkrankung und hat Schwierigkeiten beim Essen, während Li Chenhui unter starken Kopfschmerzen, Schwindel und anhaltenden Misshandlungen durch die Wärter leidet.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Deutschland: Baptisten warnen vor Aufrüstung und „destruktiver Machtpolitik“

BEFG verabschiedet Resolution – Appell an Bundesregierung

Kassel (IDEA) – Mit deutlichen Worten hat sich der Bundesrat des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) gegen eine zunehmende weltweite Aufrüstung und für den Schutz der Menschenrechte ausgesprochen. In einer am 15. Mai im Rahmen der Bundesratstagung in Kassel verabschiedeten Resolution rufen die Delegierten Christen, Gemeinden und Werke des Bundes dazu auf, wachsam zu sein und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. In der Resolution benennt der Bundesrat weltweite Krisen wie die globale Erwärmung, das Artensterben, Kriege, die ungerechte Verteilung der Güter, Rassismus und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Weltweit setze sich eine „destruktive Machtpolitik“ durch, die auf Gewalt – insbesondere gegen Frauen – und Vernichtung baue. Ressourcen, die zwingend für den Schutz der Lebensgrundlagen eingesetzt werden müssten, flössen in Rüstungsgüter.

Bekenntnis zu Menschenrechten

Der BEFG bekennt sich zu den unveräußerlichen Menschenrechten, dem Recht kommender Generationen auf den Erhalt der Lebensgrundlagen und dem Recht der Umwelt auf Schutz und Bewahrung. Jedes Leben sei von Gott gegeben und gleich kostbar. Christen folgten dem Aufruf Jesu zu Gewaltlosigkeit und Nächstenliebe, der „auf der Seite der Entrechteten“ stehe. Der Bundesrat widersetzt sich nach eigenen Worten „der Logik zunehmender Bewaffnung und Aufrüstung als Weg zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden“. Zugleich distanziert sich der Bund von „antidemokratischem Extremismus und allen Ideologien der hierarchischen Ungleichheit“. In „aller Entschiedenheit“ lehne man die Ausgrenzung von Minderheiten ab – etwa von Migrant*innen, Juden, Angehörigen religiöser, ethnischer oder sexueller Minderheiten oder Menschen mit Behinderungen.

Appell an die Bundesregierung

Der Bundesrat fordert ferner die Bundesregierung auf, den Rechtsstaat zu schützen, sich für die Beachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts einzusetzen und die Bewahrung der Schöpfung und der Weltgemeinschaft „zur obersten Priorität politischen Handelns zu machen“. Die Bundesratstagung des BEFG findet mit rund 1.000 Teilnehmern bis zum 16. Mai statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Beschlüsse zur zukünftigen Struktur des Bundes. Weiteres Ziel der Veranstaltung unter dem Motto „Segen bewegt“ ist die Stärkung der örtlichen Gemeinden als Hoffnungsorte. Der BEFG hat 71.199 Mitglieder in 759 Gemeinden. Der Bund entstand 1941 durch den Zusammenschluss von Baptistengemeinden, Brüderbewegung sowie von pfingstlichen Elim-Gemeinden. Das [ChristusForum](#) (bis 2020: Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden) hat 2024 beschlossen, sich vom BEFG zu trennen und eigene Körperschaftsrechte zu beantragen.

Deutschland: Bibeln in einer Kirche angezündet

Delmenhorst: Die Feuerwehr konnte den Brand rechtzeitig löschen

Delmenhorst (IDEA) – In der katholischen St. Christophorus-Kirche in Delmenhorst haben unbekannte Täter Bibeln und Gesangbücher in Brand gesetzt. Laut Polizeiangaben legten sie die Bücher auf einem Tisch zusammen und steckten sie an. Ein Organist habe die Rauchentwicklung bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Der Schwelbrand konnte rechtzeitig gelöscht werden. Die Polizei in Delmenhorst geht nicht von einem politischen Hintergrund aus und sucht nach möglichen Zeugen. Die Höhe des Schadens wird auf etwa 2.500 Euro geschätzt.

Deutschland: Johannes Volkmann (CDU) über Christenfeindlichkeit: „Es reicht“

Kohl-Enkel will sich nicht daran gewöhnen, dass es Teil des politischen Alltags wird

Berlin (IDEA) – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Volkmann hat dazu aufgerufen, Christenfeindlichkeit in Deutschland stärker als gesellschaftliches und politisches Problem wahrzunehmen. „Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass Christenfeindlichkeit ein Teil unseres politischen Alltags wird“, sagte er in einer Talkrunde des Senders „Welt TV“. Anlass seiner Äußerungen war ein [Vorfall in Hanau](#), wo Unbekannte am 17. Mai während eines Gottesdienstes in einer katholischen Kirche Schüsse auf das Gebäude abgaben. Der Kohl-Enkel verwies auf eine Reihe weiterer Übergriffe. So habe es Brandstiftungen an christlichen Gotteshäusern in Groß-Gerau und [Delmenhorst](#) gegeben. Die katholische Kirche beklage, dass immer mehr Gebäude beschädigt würden. Dazu Volkmann: „Und ich sage, es reicht.“

Drei Tätermilieus bekannt

Mit Blick auf die Polizeiliche Kriminalstatistik nannte Volkmann im Wesentlichen zwei Ursachen für Übergriffe gegen Christen: Täter aus dem islamistischen Milieu sowie – insbesondere in Ostdeutschland – aus dem „rechtsextrem-völkischen Milieu“. Im Bereich des Vandalismus komme zudem eine „linksradikale Christenfeindlichkeit“ hinzu. Bei der körperlichen Gefährdung seien jedoch die beiden erstgenannten Milieus entscheidend. Insbesondere bei Straftaten gegen Christen durch islamische Migranten fehle aber das Problembewusstsein.

Christenfeindlichkeit wird an den Schulen „einfach hingenommen“

An vielen Schulen werde zwar bereits für Antisemitismus, Rassismus und Muslimfeindlichkeit sensibilisiert, so der 29-Jährige weiter. Die Christenfeindlichkeit hingegen werde „einfach hingenommen“. Es gebe in Politik, Medien und Gesellschaft „viel zu viele blinde Flecken“. „Wir sehen das in Schulen, und was heute an Schulen ist, ist morgen an Universitäten und ist übermorgen in der gesamten Gesellschaft.“ Notwendig seien strafrechtliche Konsequenzen bis hin zu Abschiebungen von ausländischen Agitatoren, die sich etwa in Sozialen Medien entsprechend betätigten. In der Diskussion wies die stellvertretende Politik-Chefin bei „Bild“, Angelika Hellemann, darauf hin, dass sich der frühere Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder über Jahre hinweg schwerpunktmäßig mit der Christenfeindlichkeit befasst habe. Nach dessen Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahr 2021 sei das Thema in der Unionsfraktion „eingeschlafen“.

Patzelt: Ursachen liegen tiefer

Der Politikwissenschaftler Prof. Werner J. Patzelt begrüßte es, dass das Thema wieder aufgegriffen wird. Die Ursachen lägen jedoch so tief, dass man sie so schnell nicht werde beheben können. Eine davon sei das antichristliche Agieren von muslimischen oder islamistischen Gruppen. Der Islam sei „eine Religion der öffentlichen Ordnung, die in der Einheit von politischer Führung und innerer Überzeugung von Menschen“ die Verwirklichung eines religiösen wie politischen Ideals sehe. Patzelt verwies zudem auf das schwindende Ansehen des Christentums in der Gesellschaft. Es habe „ohnehin eine schlechte Presse, einen schlechten Stand in der Gesellschaft“. Mit nichts könne man sich mehr „in vernünftigen, aufgeklärten Kreisen blamieren als mit dem Bekenntnis, man sei ein gläubiger Christ“. Dann müsse man „ja wirklich irgendwie gaga sein und von moderner Wissenschaft keine Ahnung haben“.

Deutschland: Lebensschutz an der Uni - Gericht stärkt ProLife Heidelberg

Universitäten müssen „pluralistisches, vielfältiges Gesamtangebot“ sicherstellen

Karlsruhe (IDEA) – Die Universität Heidelberg darf eine Lebensrechtsgruppe nicht wegen ihrer inhaltlichen Positionen ausschließen. Das geht aus einem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe hervor, wie die Menschenrechtsorganisation ADF International in einer Mitteilung schreibt. Die Gruppe ProLife Heidelberg hatte mit Unterstützung der Organisation auf Anerkennung als Hochschulgruppe an der Universität Heidelberg geklagt. Die Klage sei aufgrund fehlender formaler Kriterien abgewiesen worden, so ADF. Die Gruppe habe beispielsweise nicht genügend eingeschriebene Studenten hinter sich vereinigen können. Das Gericht stellte jedoch auch klar, eine inhaltliche Ablehnung der Positionen einer Gruppe – im Fall von ProLife Heidelberg der Einsatz für den Schutz ungeborenen Lebens – rechtfertige keinen Ausschluss. Ein solcher Schritt wäre nur in „sehr engen Grenzen“ möglich, etwa wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet sei und entsprechende Erkenntnisse von Verfassungsschutz oder Strafverfolgungsbehörden vorlägen. Die Universität müsse insgesamt ein „pluralistisches, vielfältiges Gesamtangebot“ sicherstellen. Der Leiter der europäischen Rechtsabteilung von ADF International, Felix Böllmann (Wien), wertete das Urteil trotz der formalen Abweisung als positives Signal. Dass der Einsatz für den Schutz ungeborenen Lebens kein Grund für einen Ausschluss aus der Hochschulgemeinschaft sei, sende „ein starkes Signal für die Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten“.

Deutschland: Schüsse auf Hanauer Kirche

Während des Gottesdienstes: An der Feier nahmen rund 200 Personen teil

Hanau (IDEA) – Während eines katholischen Gottesdienstes in Hanau sind am 17. Mai mehrere Fensterscheiben eines Seitengebäudes der Heilig-Geist-Kirche beschädigt worden. Zur Tatzeit besuchten rund 200 Personen den Gottesdienst. Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung. Nach Angaben des Polizeipräsidiums Südosthessen wurden die Gottesdienstteilnehmer durch plötzliches Klirren und umherfliegende Glassplitter auf den Vorfall aufmerksam. Verletzt wurde niemand.

Stahl- und Plastikkugeln gefunden

Einsatzkräfte stellten vor Ort mehrere Einschüsse in den Scheibenelementen fest. Die Geschosse hätten die Fenster teilweise durchschlagen. Sowohl im Inneren des Gebäudes als auch im Außenbereich fanden die Ermittler mehrere silberne Stahlkugeln mit einem Durchmesser von etwa fünf Millimetern, teilweise bereits verrostet. Zudem wurden weiße Plastikkugeln mit rund drei Millimetern Durchmesser entdeckt. Die Beamten schließen nicht aus, dass die Kugeln mit einer Zwillie oder einer Softair-Waffe verschossen wurden. Der entstandene Schaden liegt laut Schätzungen bei etwa 5.000 Euro. Hinweise auf den oder die Täter lägen bislang nicht vor. Auch Anhaltspunkte für einen religiösen Hintergrund der Tat gäbe es nach aktuellem Stand nicht. Auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA konnte die Polizei keine neuen Erkenntnisse mitteilen. Die Ermittler suchen Zeugen, die sich unter der Rufnummer 06181 100-120 melden können.

Europa: Konferenz gegen Muslimbruderschaft mit Imam Twahidi im EU-Parlament

(Bonner Querschnitte/Presseinformationen/ Bonn, 20.05.2026) Im Europäischen Parlament fand eine hochrangige Konferenz mit dem Titel „Safeguarding Europe: Exposing the Growing Threat of the Muslim Brotherhood“ (Europa schützen: Die wachsende Bedrohung durch die Muslimbruderschaft aufdecken) statt. Die von den Europaabgeordneten Bert-Jan Ruissen (ECR) und Thomas Zdechovský (EVP) ausgerichtete Veranstaltung brachte Sicherheitsexperten, Menschenrechtsaktivisten und Vertreter verfolgter Minderheiten aus dem Nahen Osten zusammen, um die Strategie der Muslimbruderschaft zur Unterwanderung von Institutionen zu analysieren. Im Mittelpunkt der Konferenz stand der Bericht „Unmasking the Muslim Brotherhood“, der detailliert beschreibt, wie die Gruppe „Infiltrierung“ nutzt, um Wissenschaft und politische Institutionen zu beeinflussen. Im Gegensatz zum friedlichen Islam, bei dem die individuelle Glaubensausübung im Mittelpunkt steht, verfolgt die Bruderschaft eine strategische politische Agenda, deren Ziel die Errichtung eines von der Scharia regierten Staates ist, in dem eine bestimmte Weltanschauung vorherrscht.

Nigel Goodrich, einer der Hauptorganisatoren des Symposiums und Fürsprecher verfolgter Minderheiten, hob den Völkermord an den Jesiden durch den IS im Jahr 2014 hervor – wobei er auf die gemeinsame ideologische DNA zwischen der IS-Führung und der Bruderschaft hinwies – und zählte die verschiedenen Gruppen auf, die derzeit bedroht sind, darunter die Schiiten aus dem Irak, Juden, Jesiden, Drusen, Alawiten, syrisch-orthodoxe Christen, Kurden, Ahmadiyya-Muslime oder die Bahá'í im Iran, wobei die meisten dieser Gruppen auf der Konferenz vertreten waren oder sogar einen kurzen Bericht vortrugen. Er erinnerte die Versammlung daran, dass es sich um einen gemeinsamen Kampf handelt: „Heute stehen wir gemeinsam mit ihnen ... wir stehen gemeinsam gegen die Ideologie, die darauf abzielt, euer Leben zu zerstören, eure Freiheit zu nehmen und euch zu versklaven.“

Vor allem aufgrund islamistischer Bedrohungen und dschihadistischen Terrors sank die christliche Bevölkerung im Irak von 1,5 Millionen (vor 2011) auf ~120.000 (2025), in Syrien von 1,5 Millionen auf 300.000. In Nigeria wurden seit 2009 mehr als 52.000 Christen von Boko Haram und verwandten Gruppen getötet. Umfragen zeigen, dass 59 % der jungen Muslime in Frankreich die Scharia dem säkularen Recht vorziehen. Eine von der Regierung geförderte Studie in Deutschland zeigt, dass 44 % der Muslime islamistischen Botschaften gegenüber aufgeschlossen sind und 9 % mit Islamisten übereinstimmen und die Errichtung eines muslimischen Staates in Berlin befürworten.

Dr. Florence Bergeaud-Blackler hat nachgewiesen, dass die Muslimbruderschaft demokratische Stärken – wie Toleranz und Schuldgefühle – ausnutzt, um Institutionen von innen heraus zu untergraben. Sie hat über Frontorganisationen wie den Rat der europäischen Muslime (CEM) und FEMYSO eine ausgefeilte Präsenz in der EU aufgebaut. Aus Konferenzaussagen ging hervor, dass die EU diesem Netzwerk Fördermittel in Millionenhöhe gewährt hat – darunter über 40 Millionen Euro, die zuvor an Islamic Relief geflossen waren. Die Redner warnten, dass diese „Front“-Organisationen einen Mangel an strenger Aufsicht ausnutzen, um finanzielle Unterstützung für separatistische Ideologien zu sichern. Dr. Tommaso Virgili und der Europaabgeordnete Charlie Weimers schlugen Alarm hinsichtlich „steuerfinanzierter Subversion“ und des Phänomens des „Lawfare“. Sie argumentierten, die Bruderschaft habe den Begriff „Islamophobie“ effektiv als Waffe eingesetzt, um jede Kritik am politischen Islam als Rassismus darzustellen. Diese „betrügerische“ Darstellung verhindert eine legitime Debatte und bringt echte muslimische Reformer zum Schweigen.

Imam Mohammad Tawhidi

Laut Erzbischof Thomas Schirmacher war der Höhepunkt der Konferenz die eindringliche öffentliche Ansprache von Imam Mohammad Tawhidi, der weithin als „Imam des Friedens“ bekannt ist. Er sprach eine deutliche Warnung vor der Muslimbruderschaft aus und stellte sie als allgegenwärtige Bedrohung für den Weltfrieden und demokratische Werte dar. Er warf der Organisation vor, sich als karitative und religiöse Gruppe zu tarnen, während sie systematisch Gemeinschaften, NGOs, Universitäten und sogar beratende Funktionen in Regierungen in ganz Europa und Nordamerika unterwandere. Laut Tawhidi dient diese Unterwanderung dazu, einen auf Überlegenheit basierenden politischen Islam voranzutreiben, der säkulare Regierungsformen und pluralistische Gesellschaften untergräbt.

Tawhidi führte aus, dass sich die vor fast einem Jahrhundert gegründete Muslimbruderschaft zur „Mutter des modernen dschihadistischen Terrors“ entwickelt habe und direkt Gruppen wie Al-Qaida, den IS und die Hamas hervorgebracht habe – Organisationen, die weltweit als terroristisch verurteilt werden. Er wies darauf hin, dass Länder wie Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain die Organisation seit langem als terroristische Vereinigung einstufen und ihre Aktivitäten verboten haben, da sie eine existenzielle Gefahr darstelle, während westliche Demokratien ihr gegenüber alarmierend tolerant blieben. „Sie ersetzen authentische muslimische Stimmen durch Stellvertreter, die den politischen Islam vorantreiben und den Glauben als Waffe einsetzen, um Spaltung zu säen“, erklärte Tawhidi wörtlich und betonte, wie die Gruppe Gesetzeslücken ausnutzt, um Jugendliche zu radikalisieren und ihre Agenda unter humanitären Vorwänden zu fördern.

Durch seine Führung des Global Imams Council, der schiitische und sunnitische Gelehrte im Kampf gegen den Extremismus vereint, forderte Tawhidi sofortiges globales Handeln. „Der Islam ist ein Glaube der persönlichen Hingabe, kein politisches Instrument zur Herrschaft; der Islamismus ist der Feind, dem wir gegenüberstehen“, erklärte er wörtlich und forderte die Regierungen nachdrücklich auf, die Muslimbruderschaft offiziell als terroristische Ideologie einzustufen. Er betonte die Dringlichkeit, die wahre Bedeutung von „Brüderlichkeit“ im Sinne von Harmonie und Mitgefühl zurückzugewinnen, und warnte, dass Schweigen weitere Übergriffe ermögliche. „Die Zeit des Schweigens ist vorbei; gemeinsam müssen wir eine Zukunft des Friedens aufbauen“, schloss Tawhidi und rief moderate Muslime und Verbündete dazu auf, sich vereint gegen diesen ideologischen Krebs zu stellen.

Großbritannien: Antisemitische Gewalt

Alija-Messe mit Rekord-Zulauf

(Von Israelnetz/ 15. Mai 2026) Mehr als 1.200 Menschen haben am Sonntag die Alija-Messe in London besucht. Das sei im Vergleich zu den Besucherzahlen in den Vorjahren ein neuer Rekord, schrieb die israelische Nachrichtenseite „Times of Israel“ am Mittwoch. Die Messe richtete sich an britische Juden, die über eine Emigration nach Israel nachdenken. In den vergangenen Monaten erlebten Juden in Großbritannien eine Welle antisemitischer Gewalt. Unter anderem wurden im April zwei Juden mit einem Messer verletzt. Am Donnerstag besuchte König Charles III. die Opfer und drückte der jüdischen Gemeinschaft seine Unterstützung aus. (mw)

Indien: Geiselkrise in Manipur Christliche

Religionsvertreter vermitteln

Imphal (Fides) – Eine Delegation christlicher Religionsvertreter aus Manipur und anderen nordostindischen Bundesstaaten bemüht sich um eine Vermittlung im ethnischen Konflikt in Manipur. Dieser war zwischen den Kuki und Meitei ausgebrochen und hat nun auch die Naga, eine dritte in Manipur ansässige ethnische Gruppe, in Mitleidenschaft gezogen. Die Religionsvertreter werden insbesondere die Distrikte Kangpokpi und Senapati besuchen, um die anhaltende Geiselkrise zu entschärfen.

Auslöser war die Ermordung dreier Baptistenpastoren am 13. Mai im Distrikt Kangpokpi. Am selben Tag wurden 20 Männer – sechs Angehörige der Naga- und 14 Angehörige der Kuki-Gemeinschaft (beide christlichen Volksgruppen) – von ihren jeweiligen bewaffneten Gruppen als Vergeltung für die Unruhen nach dem Anschlag entführt. Seitdem gibt es keine Neuigkeiten über die Geiseln. Der „United Naga Council“ (UNC) gab an, dass sich unter den sechs Geiseln zwei Pastoren befinden. In der chaotischen Situation wurden auch zwei Mitglieder des Ordens der Salesianer von Don Bosco entführt, später aber wieder freigelassen (vgl. Fides, 15/05/2026).

An der Vermittlungsinitiative sind Vertreter des Nordostindischen Baptistenkirchenrats und der Manipur Baptist Convention (MBC) beteiligt. Die Delegation traf sich zunächst mit dem Ministerpräsidenten von Manipur, Yumnam Khemchand Singh, um die Spannungen zwischen den Stammesgemeinschaften zu erörtern. Die Religionsvertreter boten ihre Vermittlung zwischen den Gemeinschaften an und erhielten dafür Unterstützung von den politischen Verantwortlichen, die, so der Premierminister, auf die Religionsvertreter zählen, um „den Dialog wiederaufzunehmen und den Frieden wiederherzustellen“.

Eine Gruppe christlicher Vertreter trifft sich mit Vertretern der Kuki; eine zweite Gruppe führt Gespräche mit Vertretern der Naga, um anschließend eine gemeinsame Basis für die anhaltende Geiselkrise zu finden. Inmitten der angespannten Lage hat der „United Naga Council“ (UNC) eine Blockade verhängt, während die Kuki einen Generalstreik ausgerufen haben. Die Blockade hat Hunderte von Lastwagen auf dem NH-02 (der Hauptverkehrsader der Region) zum Stillstand gebracht und den Transport in die von Kuki bewohnten Gebiete sowie nach Imphal, einer Stadt mit mehrheitlich Meitei-Bevölkerung, unterbrochen. Dies schürt die Sorge vor einem Mangel an lebensnotwendigen Gütern.

Während die Kuki alle öffentlichen und privaten Aktivitäten eingestellt haben, hat der Kuki-Zo-Council (KZC), der diese ebenfalls suspendiert hat, den indischen Premierminister Narendra Modi um die Intervention der Zentralregierung gebeten. Man befürchtet einen großflächigen ethnischen Konflikt zwischen den Naga und den Kuki.

Während der Beerdigung der drei Baptistenpastoren, die am 13. Mai bei einem Hinterhalt getötet worden waren, vergab Haominlun Sitlhou, der Sohn von Pastor Vumthang Sitlhou, einem der drei Ermordeten, öffentlich den Mördern seines Vaters. Tausende Gläubige nahmen an der Trauerfeier auf dem Gelände der „Thadou Baptist Association India“ in Motbung teil.

Pastor Vumthang Sitlhou war in der Region für sein aktives Engagement für Frieden und Versöhnung sowie für seine Bemühungen um die Koordination und Einheit der christlichen Gemeinden verschiedener ethnischer und Stammesgruppen bekannt. Haominlun Sitlhou erinnerte an das Wirken seines Vaters und appellierte an die wichtigsten am Konflikt beteiligten Organisationen vor Ort, die Geiseln freizulassen und konkrete Schritte für den Frieden in Manipur einzuleiten.

(PA) (Fides 19/5/2026)

Indonesien - Papua: Katholiken bei Drohnenangriff auf Kirche verletzt

Timika (Fides) – „Der jüngste Drohnenangriff auf eine katholische Kirche in Intan Jaya hat zivile Opfer gefordert und die lokale Bevölkerung schwer traumatisiert. Als Franziskaner Ordensbrüder der Kommission ‚Gerechtigkeit und Frieden‘ äußern wir unsere tiefe Besorgnis über die zunehmende Gewalt gegen Gotteshäuser und unbewaffnete Anwohner. Wir bekräftigen, dass der Schutz des menschlichen Lebens, die Würde indigener Gemeinschaften und die Heiligkeit religiöser Stätten ausnahmslos gewahrt werden müssen. Wir fordern eine unabhängige Untersuchung sowie die sofortige Gewährleistung von Sicherheit und humanitärer Hilfe für alle betroffenen Familien“, erklärte Pater Alexandro Rangga (OFM), Leiter der Kommission ‚Gerechtigkeit und Frieden‘ der Ordensbrüder von Indonesisch-Papua, gegenüber Fides. Am 17. Mai explodierte nach dem Sonntagsgottesdienst eine Bombe im Hof der katholischen St.-Paulus-Kirche im Dorf Mbamogo im Regierungsbezirk Intan Jaya in der Provinz Zentralpapua. Bei der Explosion wurden vier Zivilisten (allesamt indigene papuanische Katholiken) verletzt. Zum Zeitpunkt der Explosion befanden sich zahlreiche Gläubige auf dem Kirchhof.

Laut mehreren Augenzeugen wurde der Sprengsatz von einer Drohne ausgelöst. Hunderte Zivilisten flohen in die Wälder, was die Spannungen in der Region verschärfte. Das indonesische Militär (TNI) hat jegliche Beteiligung bestritten und von einer möglichen „Provokation“ gesprochen, die Chaos stiften und die Spannungen zwischen Militär und Bevölkerung verschärfen sollte. Die Polizei von Zentralpapua hat Ermittlungen eingeleitet, um die Umstände und die Verantwortlichen zu ermitteln. Pfarrer Yanuarius Yance Yogi, ein katholischer Gemeindepfarrer vor Ort, koordinierte die Evakuierung der Verletzten und äußerte seine Besorgnis um die Sicherheit der Gläubigen. Tino Mote, Vorsitzender der Katholischen Jugend von Zentralpapua, forderte eine transparente Untersuchung und appellierte an den indonesischen Präsidenten Prabowo Subianto, „mit ernsthaften Friedensmaßnahmen“ einzugreifen. Die Gläubigen der katholischen Gemeinde im Bistum Timika sind zutiefst schockiert.

Die Region ist bereits seit Jahrzehnten von Konflikten zwischen indonesischen Sicherheitskräften und papuanischen Separatistengruppen gezeichnet. Pater Alexandro Rangga, Leiter der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, äußert sich besorgt über die weit verbreitete Gewalt: „Schießereien, Sicherheitsoperationen gegen Zivilisten, der Tod von Kindern, Frauen, Studenten und Angehörigen indigener Völker sowie die jüngsten Bombenexplosionen in der Nähe von Gotteshäusern haben nicht nur eine Flüchtlingswelle ausgelöst, sondern auch tiefe Wunden und Schmerzen verursacht. Diese Situation zeigt, dass Papua in einem Kreislauf des Leidens gefangen ist und noch keinen Weg zu wahren Frieden gefunden hat.“ „Der andauernde Konflikt hat dem papuanischen Volk sein Sicherheitsgefühl, seine Zukunft und sein Recht auf Leben geraubt“, fügt er hinzu, „Papuanische Kinder und Frauen sind das Antlitz der Menschheit sie sind ein verwundetes Ebenbild Gottes selbst, das in einem friedlichen Umfeld leben und aufwachsen, eine angemessene Bildung erhalten und ohne den Schatten der Gewalt und den Lärm von Waffen leben sollte.“

Die Franziskaner lehnen die Militarisierung ziviler Gebiete ab: „Die übermäßige Präsenz bewaffneter Streitkräfte in zivilen Gebieten“, bemerkt er, „hat bisher Traumata, Angst, Vertreibung und neue Verwundbarkeiten für die Gemeinschaften verursacht. Wir fordern eine unabhängige Untersuchung aller Vorfälle mit zivilen Opfern unter uneingeschränkter Achtung der Grundsätze der Gerechtigkeit und unter Gewährleistung der moralischen und materiellen Verantwortlichkeit der Verantwortlichen. Wie in der Enzyklika ‚Pacem in Terris‘ dargelegt, gründet wahrer Frieden allein auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Ohne Gerechtigkeit wird Frieden zu einem erzwungenen Schweigen.“

„Wir rufen alle Gläubigen auf, ihre Gebete für den Frieden in Papua zu intensivieren, den Opfern Solidarität zu zeigen und selbst zu Friedensstiftern in der Gemeinschaft zu werden“, so Franziskaner abschließend, „Wir glauben, dass Papua kein verfluchtes Land, sondern ein Land des Lebens ist. Papua darf kein Ort endlosen Krieges sein. Papua ist unsere gemeinsame Heimat.“

Derzeit herrscht in der indonesischen Provinz Papua (auch bekannt als Itia Jaya) ein Konflikt niedriger bis mittlerer Intensität, der sich hauptsächlich auf das zentrale Hochland der Region konzentriert. Die indonesischen Militäroperationen haben in den letzten Jahren zugenommen und massive Bevölkerungsvertreibungen verursacht: Allein seit Anfang 2026 wurden über 105.000 Binnenvertriebene registriert, zumeist indigene Papua, die in die Wälder fliehen. Die lokale Bevölkerung wirft dem Militär vor, Zivilisten zu töten, Dörfer niederzubrennen, Kirchen und Schulen anzugreifen und die Menschenrechte schwer zu verletzen. Das Militär bestreitet dies und behauptet, lediglich gegen bewaffnete Separatisten zu kämpfen.

Während die politische Gruppe „Organisasi Papua Merdeka“ (OPM) vor Ort aktiv ist, verüben bewaffnete Separatisten Angriffe und Hinterhalte gegen Sicherheitskräfte, Infrastruktur und mitunter auch gegen Bergleute, die sie als „Eindringlinge“ betrachten. Die Hauptforderungen der papuanischen Bevölkerung sind Unabhängigkeit oder zumindest mehr Autonomie im Rahmen der Anerkennung ihrer melanesischen Identität, die sich von der indonesischen unterscheidet. Indonesien seinerseits betrachtet die Provinz Papua als unteilbaren Teil seines Staatsgebiets und sieht die Bewegung als separatistische und terroristische Bedrohung.

Ein Schlüsselfaktor in einer rohstoffreichen Region ist die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen (Kupfer, Gold, Holz, Gas usw.), die von großen multinationalen Konzernen mit Konzessionen der indonesischen Zentralregierung ausgebeutet werden, ohne dass die lokale Bevölkerung davon profitiert.

Ein weiterer Konfliktfaktor ist die jahrzehntelange Politik der Zentralregierung zur Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen (Transmigration, also die Migration von Menschen von Java und anderen indonesischen Inseln). Diese hat die indigenen Papua zu einer Minderheit gemacht und die Spannungen um Land und Ressourcen verschärft. In dieser komplexen Situation gibt es Vorwürfe von Folter, Menschenrechtsverletzungen, Verschwindenlassen und Straflosigkeit der Sicherheitskräfte. Die katholische und die protestantischen Kirchen in Papua spielen eine wichtige Rolle beim Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie bei der Förderung von Dialog und Frieden. Die indonesische Provinz Papua, der westliche Teil der großen Insel Neuguinea, war bis 1962 eine niederländische Kolonie, bevor es 1969 durch ein Referendum, an dem nur etwa 1.000 gewählte Vertreter teilnahmen – ohne Volksabstimmung –, in Indonesien integriert wurde. Seitdem führen Unabhängigkeitsgruppen einen politischen Kampf und setzen sich für die Forderungen der lokalen Bevölkerung ein.

(PA) (Fides 21/5/2026)

Iran: Weitere Menschenrechtsverletzungen inmitten des Krieges

(IGFM) Die anhaltende Internetblockade im Iran wird von den Behörden gezielt zur digitalen Repression genutzt. Wer über eine „Whitelist“ Zugang zum Netz erhalten will, muss eine tägliche Quote an Propagandabeiträgen erfüllen, was mittels KI überwacht wird. Gleichzeitig drohen Justiz- und Polizeibehörden der Bevölkerung mit harten Strafen für das Veröffentlichen von Aufnahmen der Luftangriffe. Im ganzen Land wurden illegale Kontrollpunkte errichtet, an denen Mobiltelefone willkürlich durchsucht werden.

Die täglichen Internetausfälle verursachen der Wirtschaft Schäden in Millionenhöhe und gefährden laut dem Kommunikationsminister die Existenz von rund zehn Millionen Menschen. Zudem boomt ein unregulierter Schwarzmarkt für VPNs und Internetkonfigurationen. Dies führt nicht nur zu massiven Preiserhöhungen, sondern erhöht auch das Risiko von Betrug, Datendiebstahl und Schadsoftware für die Bevölkerung.

Israel: Interreligiöser Marsch für Menschenrechte und Frieden

(Jerusalem - Von Israelnetz - 19. Mai 2026) Hunderte Juden, Muslime, Drusen und Christen sind am Montag mit Friedensaufrufen durch Jerusalem marschiert. Teilnehmer trugen Transparente mit den Worten „Gerechtigkeit“ und „Frieden“. Seit vier Jahren organisieren linksorientierte religiöse Gruppen den Marsch für Menschenrechte und Frieden. Er gilt auch als Antwort auf den Flaggenmarsch am Jerusalem-Tag vergangenen Donnerstag, bei dem es zu [gewalttätigen Auseinandersetzungen](#) kam. Rabbi Avi Dabusch, ein Mitorganisator des Marsches am Montag, verurteilte Gewalt gegenüber Andersgläubigen. (nhf)

Myanmar: "Radio Veritas Asia": Stimme der Hoffnung im Bürgerkrieg

Banmaw (Fides) – In entlegenen Gebieten, unter Flüchtlingen, die aufgrund des Konflikts aus Städten und Dörfern geflohen sind, in Gemeinschaften, die von den Wunden des Bürgerkriegs und der Unsicherheit gezeichnet sind, spendet eine Stimme weiterhin Hoffnung und stärkt den Glauben: die Stimme von „Radio Veritas Asia“ (RVA). Der Sender sendet in verschiedenen lokalen Sprachen Myanmars und ist ein wichtiger Bezugspunkt für Gläubige unterschiedlicher Diözesen und ethnischer Gruppen. Katholische Gemeinden in Myanmar, feierten am Sonntag, den 17. Mai, den „Radio Veritas Tag“ und würdigten die die Bedeutung von RVA für die Verbreitung des Evangeliums über Radio und digitale Medien.

Im äußersten Norden Myanmars, im Kachin-Staat, versammelten sich über 500 Katholiken in einem Lager für Binnenvertriebene in der Diözese Banmaw, um den RVA-Tag in Kachin zu begehen. Der Bischof von Banmaw, Raymond Sumlut Gam, betonte die Hauptaufgabe von Radio Veritas Asia sei es „das Evangelium zu verkünden.“ Unter Bezugnahme auf die Stelle aus dem Matthäusevangelium (10,27): Was ich euch im Dunkeln sage, davon redet im Licht, und was man euch ins Ohr flüstert, das verkündet auf den Dächern!“ erklärte der Bischof, dass „genau dies die Aufgabe von RVA ist“, und lud die Gläubigen zur Teilnahme an dieser Mission ein. „RVA ist ein Kommunikationsmittel, das die Wahrheit verbreitet. Wir beteiligen uns, wir spenden und wir beten für die Menschen, die dort arbeiten“, so der Bischof, der an die Geschichte von RVA Kachin erinnerte, die 1982 begann und weiterhin „vielen Gläubigen in ihren Prüfungen spirituelle Ermutigung schenkt“.

Ebenfalls im Staat Kachin versammelten sich 250 Gläubige, Katecheten und Hörer von „Radio Veritas“ in Rawang, um den achten Jahrestag des Programms zu feiern, das die Frohe Botschaft in ihrer Sprache verkündet. In der St.-Josephs-Kirche der Diözese Myitkyina zeigte sich Pfarrer Mark Kyi Moe sehr erfreut und stolz darüber, dass RVA in Rawang ein wertvolles Instrument zur Verbreitung des Evangeliums unter den Rawang-Stämmen sei und Inhalte wie religiöse Nachrichten, allgemeine kulturelle Informationen und Gebete ausstrahle.

Weiter südlich, in der Diözese Pathein, feierte die ethnische Gemeinschaft der Karen, die einen RVA-Sender in ihrer Sprache betreibt, am 17. Mai den RVA-Tag. Im Rahmen einer Eucharistiefeier bemerkte Bischof Henry Eikhlein von Pathein: „Der RVA-Tag bietet die Gelegenheit, den Dienst der Verkündigung des Evangeliums zu würdigen.“ „Dieses Zeugnis“, fuhr er fort, „entspringt dem Glauben an den auferstandenen Christus, wie ihn der heilige Paulus, der heilige Petrus und andere Heilige lehrten, die mutig in der ganzen Welt Zeugnis für ihn ablegten.“ Diese Apostel, so fuhr er fort, seien ein Vorbild für die Gläubigen Burmas, die inmitten von Not und in einem Kontext der Unsicherheit und des Leidens leben, wo „die von RVA verbreiteten Worte der Hoffnung dazu beitragen, unseren Glauben Tag für Tag zu stärken und zu vertiefen“.

„Es ist wichtig“, schloss er, „dass das Volk der Karen weiterhin durch seine Muttersprache Zeugnis von seinem Glauben ablegt.“ Er wies darauf hin, dass der Karen-Sender von Radio Veritas bereits 1982 gegründet wurde und seither dank des Engagements von Priestern und Ordensschwestern, die sich täglich diesem Apostolat widmen und die Botschaften des Papstes sowie Programme zur Kirchengeschichte in Karen ausstrahlen, ein wichtiger Bezugspunkt für die lokale Gemeinschaft ist.

Die allgemeinen Sendungen von „Radio Veritas Asia“ mit Hauptsitz in Manila begannen 1969 auf Initiative der Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC). Der Sprachdienst für Myanmar startete 1978 mit burmesischen Sendungen, gefolgt von Sendungen in weiteren Sprachen des Landes, die sich an die Gläubigen ethnischer Minderheiten richten.

(PA) (Fides 20/5/2026)

Nigeria: Besorgnis um entführte Lehrkräfte und Schulkinder im Bundesstaat Oyo

Abuja (Fides) – „Lasst uns für die Freilassung der in den Schulen von Ogbomoso entführten Geiseln beten“, appellierte Bischof Emmanuel Adetoyese Badejo von Oyo im gleichnamigen Bundesstaat im Südwesten Nigerias, an der Grenze zu Benin, an die Gläubigen.

„Angesichts der jüngsten Entführung von Lehrkräften und Schülern in den Schulen von Ogbomoso bitte eindringlich ich darum, in jeder Heiligen Messe und in jeder Fürbittandacht, einschließlich der Novene zum Heiligen Geist, für die Freilassung der Geiseln zu beten“, so Bischof Badejo. „Ich bitte außerdem um das Gebet für unsere Regierung, dass Gott unseren Verantwortlichen die Weisheit, den Weitblick und den Mut schenke, die nötig sind, um schnell und entschlossen zum Schutz unseres Volkes zu handeln“, so der Bischof abschließend.

Am 15. Mai griff ein Kommando bewaffneter Männer auf Motorrädern mehrere Schulen in der Gegend von Ahoro-Esinele im Distrikt Oriire nahe Ogbomoso an. Zu den betroffenen Schulen gehörten die „Baptist Nursery and Primary School“ in Yawota, die „Community Grammar School“ in Esiele und die „LA Primary School“ in Ogbomoso.

Laut nigerianischer Polizei wurden bei dem Angriff zwei Menschen getötet und mindestens 45 Schüler und Schülerinnen, ein Schulleiter und sieben Lehrkräfte entführt. Am Sonntag, dem 17. Mai, tauchten in den sozialen Medien Videos auf, in denen der Schulleiter und ein Lehrer die Bundes- und Landesregierungen eindringlich baten, sich für ihre Freilassung einzusetzen. Dem Gouverneur des Bundesstaates Oyo zufolge wurde ein Mathematiklehrer in der Gefangenschaft der Entführer getötet. Der Gouverneur bestätigte außerdem, dass die Strafverfolgungsbehörden in den betroffenen Gemeinden sechs Personen wegen mutmaßlicher Mittäterschaft mit den Entführern sowie drei weitere Personen, die als „Personen von Interesse“ gelten, festgenommen haben.

Laut dem Gouverneur hat der zunehmende Druck auf islamistische Gruppen im Nordosten Nigerias diese dazu veranlasst, in andere Regionen, darunter den Südwesten, auszuweichen. Auch im benachbarten Benin nimmt der Druck durch islamistische Gruppen nigerianischer Herkunft zu, sodass Einheiten der nigerianischen Armee dorthin entsandt wurden, um die lokalen Sicherheitskräfte bei der Eindämmung der Bedrohung zu unterstützen.

Am 19. Mai protestierten Lehrkräfte in Ogbomoso, legten den Schulbetrieb lahm und forderten dringende Maßnahmen zur Gewährleistung größerer Sicherheit an den Schulen.
(L.M.) (Fides 20/5/2026)

Nordirland: Pastor wegen Predigt nahe Abtreibungsklinik verurteilt

Der Baptist gilt damit als vorbestraft, weil er Johannes 3,16 zitiert hat

Coleraine (IDEA) – Ein pensionierter baptistischer Pastor aus Nordirland ist wegen einer Predigt in der Nähe eines Krankenhauses verurteilt worden, das Abtreibungen vornimmt. Der ehemalige Präsident der Vereinigung der Baptistengemeinden in Irland, Clive Johnston (78), wurde vom Amtsgericht Coleraine wegen Verstoßes gegen das Abtreibungsdienste-Gesetz von 2023 für schuldig befunden. Er hatte 2025 vor dem nahe der Stadt gelegenen Causeway-Krankenhaus innerhalb einer sogenannten Schutzzone gepredigt und dabei Johannes 3,16 zitiert: „Denn also hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn gab, auf dass alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben.“ Das berichtet das „Christian Institute“ mit Sitz in Newcastle upon Tyne (Nordostengland), das Johnston im Prozess unterstützt. Der Pastor muss demnach eine Geldstrafe von umgerechnet rund 500 Euro zahlen und hat nun einen Eintrag im Strafregister.

„Wir haben mit keinem Wort auf Abtreibung Bezug genommen“

Das 2023 im Vereinigten Königreich in Kraft getretene Gesetz verbietet abtreibungskritische Demonstrationen und bestimmte weitere Aktivitäten innerhalb festgelegter Schutz zonen rund um Abtreibungseinrichtungen. Der Pastor sprach von einem „schwarzen Tag“ für die christliche Freiheit. „Wir haben in der Nähe eines Krankenhauses einen kleinen Sonntagsgottesdienst unter freiem Himmel gefeiert. Wir haben mit keinem Wort auf das Thema Abtreibung Bezug genommen.“ Doch das Gesetz über die Schutz zonen sei so weit gefasst, dass selbst das als Straftat eingestuft worden sei. Mit 78 Jahren werde er zum ersten Mal in seinem Leben wegen einer Straftat verurteilt. Wer Unruhe stifte, zu Gewalt aufrufe oder Menschen belästige, dürfe selbstverständlich strafrechtlich verfolgt werden, so Johnston. Aber genau das habe er nicht getan, „wie das Polizeivideo zeigt und wie alle am Verfahren Beteiligten anerkennen“. Der Direktor des „Christian Institute“, Ciarán Kelly, erklärte, das ohnehin umstrittene Gesetz werde nun „selektiv angewandt“, um die Verkündigung des Evangeliums zu kriminalisieren. Sollte das Urteil Bestand haben, bedeute dies „eine erschreckende neue Einschränkung der Religions- und Meinungsfreiheit“. Man werde Johnston bei der Prüfung von Rechtsmitteln unterstützen.

Liberalisierung des Abtreibungsrechts gegen den Willen der Einheimischen

Wie das US-amerikanische „Standing for Freedom Center“ (Lynchburg/Bundesstaat Virginia) berichtete, gehörte Nordirland lange Zeit zu den Regionen Westeuropas mit den strengsten Abtreibungsgesetzen. Vorgeburtliche Kindstötungen waren nur in eng begrenzten Ausnahmefällen erlaubt, etwa bei ernsthafter Gefahr für Leben oder Gesundheit der Mutter. 2019 beschloss das Parlament des Vereinigten Königreichs in London – zu einem Zeitpunkt, als die nordirische Regionalregierung nicht arbeitsfähig war – eine weitreichende Liberalisierung. Die Abgeordneten aus England, Schottland und Wales stimmten dafür, die Vertreter Nordirlands lehnten geschlossen ab. Inzwischen sind Abtreibungen in Nordirland bis einen Tag vor Beginn der 12. Schwangerschaftswoche ohne weitere Voraussetzungen zulässig, danach unter bestimmten Bedingungen bis einen Tag vor der 24. Woche und bei schweren fötalen Anomalien ohne zeitliche Begrenzung. Während im Berichtszeitraum 2019/20 in nordirischen Krankenhäusern 22 Abtreibungen registriert wurden, waren es 2024/25 nach offiziellen Angaben bereits 2.893.

Pakistan: Ein weiterer Fall von Zwangskonversion und Entführung?

Eine christliche Familie in Pakistan wirft der Polizei vor, ihre 16-jährige Tochter nicht gefunden zu haben, nachdem sie nach eigenen Angaben entführt, gewaltsam zum Islam bekehrt und online mit einem Muslim in den Vereinigten Arabischen Emiraten verheiratet worden sei.

Liaqat Masih aus dem Dorf Chak Nr. 505/WB im Tehsil Burewala, Distrikt Vehari, Provinz Punjab, sagte, seine Tochter Jia Liaqat sei am 3. April aus dem Elternhaus verschwunden, während er und seine Frau auf den Feldern eines muslimischen Grundbesitzers landwirtschaftliche Arbeit verrichteten.

„Wir haben noch am selben Tag bei der Polizeistation Burewala eine Erstanzeige (FIR) bezüglich Jias Entführung erstattet, aber die Polizei unternahm keinerlei Anstrengungen, ihren Aufenthaltsort ausfindig zu machen“, berichtete Masih gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Masih, ein Mitglied der Anglikanischen Kirche Pakistans und Vater von sieben Kindern, sagte, die Familie habe am 8. April einen WhatsApp-Anruf von einem Mann erhalten, der sich als Sohail Riaz ausgab. Laut Masih behauptete der Anrufer, Jia befinde sich in seiner Obhut, und warnte die Familie davor, den Fall weiterzuerfolgen.

„Wir informierten die Polizei über den Anruf und gaben ihr die Telefonnummer weiter“, sagte Masih. „Während die Polizei keine ernsthaften Anstrengungen unternahm, meine Tochter zu finden, fanden wir später heraus, dass Riaz in Dubai ansässig war und dass Jia angeblich auf seine Anweisung hin von seiner Schwester und seinem Schwager mitgenommen worden war.“

Masih sagte, Riaz habe Jia über soziale Medien kontaktiert und sie unter dem Vorwand einer Heirat für sexuelle Ausbeutung vorbereitet. Die Polizei teilte der Familie später mit, dass sie zum Islam konvertiert sei und am 15. April online eine Nikah (islamische Ehe) mit Riaz geschlossen habe, so Masih. Die Ehe sei angeblich beim Union Council Nr. 65 in Gunniyan, Kamoke Tehsil, in der Provinz Punjab registriert worden.

Die Familie reichte daraufhin eine Beschwerde beim regionalen Polizeichef ein und warf der Polizei Untätigkeit vor, obwohl aus offiziellen Dokumenten hervorging, dass Jia minderjährig war.

„Offenbar verärgert über unsere Beschwerde, wurde die örtliche Polizei uns gegenüber aggressiver und unhöflicher“, sagte Masih. „Eines Tages wurde mir mitgeteilt, man habe die Verdächtigen in Gujrat aufgespürt und ich solle dorthin kommen, um an einer Polizeirazzia teilzunehmen. Ich fuhr nach Gujrat und wartete stundenlang, doch meine Anrufe blieben unbeantwortet. Später am Abend forderte mich die Polizei auf, nach Gujranwala zu kommen, und teilte mir mit, sie hätten zwei Verdächtige festgenommen, nannten jedoch nicht deren Namen.“

Am 4. Mai erfuhr die Familie, dass Jia vor einem Richter erschienen war und erklärt hatte, sie sei volljährig, zum Islam konvertiert und habe Riaz aus freiem Willen geheiratet, so Masih. Er sagte, die Familie sei weder über die Anhörung informiert worden, noch habe man ihr die Möglichkeit gegeben, ihre Aussage anzufechten oder Beweise bezüglich ihres Alters vorzulegen.

Nach Jias Aussage ließ die Polizei die beiden Verdächtigen, die sie in Gewahrsam genommen hatte, wieder frei.

„In unserem Land gibt es keine Gerechtigkeit für die Armen, insbesondere nicht für diejenigen, die Minderheiten angehören“, sagte Masih. „Meine Tochter ist minderjährig und darf rechtlich nicht heiraten, aber weder die Polizei noch das Gericht hielten es für notwendig, ihr Alter zu überprüfen. Jeden Tag machen wir uns Sorgen darüber, was mit ihr geschehen wird, wenn wir sie nicht aus der Gewalt ihrer Entführer befreien können.“

Die Polizei war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Albert Patras, ein Menschenrechtsaktivist, der die Familie unterstützt, sagte, die angebliche Konversion und Heirat seien rechtlich fragwürdig und weckten Bedenken hinsichtlich der Verletzung der Grundrechte der Familie Jia.

„Die Regierung muss auch die Vorwürfe der Familie bezüglich des Verhaltens der Polizei untersuchen, darunter das Versäumnis, wirksame Schritte zur Wiederbeschaffung der Minderjährigen zu unternehmen, die Einschüchterung der Beschwerdeführerin und Versuche, die FIR auf der Grundlage der angeblichen Konversion zu untergraben“, sagte Patras.

Die Familie plane, das Verfahren des Magistrats vor dem Obersten Gerichtshof anzufechten, sagte er.

„Wir glauben, dass die Aussage des Mädchens unter Zwang und in Abwesenheit ihrer Familie und eines Rechtsbeistands aufgenommen wurde“, sagte er. „Der Magistrat hätte ihr Alter anhand offizieller Unterlagen überprüfen müssen, anstatt sich ausschließlich auf ihre mündliche Aussage zu verlassen.“

Patras merkte an, dass Punjab kürzlich das gesetzliche Heiratsalter für Jungen und Mädchen auf 18 Jahre angehoben und strengere Strafen für Kinderheirat eingeführt habe. Die Umsetzung sei jedoch nach wie vor unzureichend, sagte er.

„Das Gesetz wird wirkungslos bleiben, solange Polizei und Gerichte es nicht nach Buchstaben und Geist durchsetzen“, sagte Patras.

Pakistans Gerichte prüfen zunehmend amtliche Geburtsurkunden in Fällen, in denen es um mutmaßliche Zwangskonvertierungen und Ehen minderjähriger Mädchen aus Minderheiten geht.

Am 6. Mai stellte das pakistanische Bundesverfassungsgericht (FCC) die Zuverlässigkeit der von der National Database and Registration Authority (NADRA) ausgestellten Unterlagen während eines Verfahrens in Frage, in dem es um ein 15-jähriges christliches Mädchen ging, das angeblich zur Konversion zum Islam gezwungen worden war.

Während der Anhörung merkte ein Richter an, dass NADRA-Unterlagen nicht automatisch als schlüssiger Altersnachweis gewertet werden könnten, da solche Dokumente potenziell manipuliert werden könnten.

Das Gericht hat in früheren Fällen ähnliche Bedenken geäußert. In einem umstrittenen Urteil vom 3. Februar bestätigte das FCC die Ehe der 13-jährigen Christin Maria Shahbaz mit einem 30-jährigen muslimischen Mann, obwohl ihre Familie behauptete, sie sei entführt und gewaltsam konvertiert worden. In seinem ausführlichen Urteil vom 25. März stellte das Gericht die Zuverlässigkeit der Aufzeichnungen der NADRA und des Gemeinderats in Frage und verwies dabei auf Unstimmigkeiten in den Unterlagen und Aussagen bezüglich des Alters des Mädchens.

<https://morningstarnews.org/2026/05/christian-girl-in-pakistan-allegedly-abducted-for-online-marriage/>

Pakistan: Kardinal Coutts: "Pakistan als Friedensvermittler"

Wir arbeiten für ein harmonisches Zusammenleben in Pakistan und in der Welt“

Rom (Agenzia Fides) – „Pakistan agiert als Friedensvermittler zwischen zwei Großmächten, dem Iran und den Vereinigten Staaten, mit Blick auf den Weltfrieden. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Ich bin auch überrascht, dass Pakistan plötzlich so positiv von der Welt, von anderen Ländern und der internationalen Gemeinschaft wahrgenommen wird“, sagte Kardinal Joseph Coutts, emeritierter Erzbischof von Karatschi, gegenüber Fides, der mit der Delegation pakistanischer Bischöfe in Rom zum Ad-limina-Besuch anwesend war.

Im Gespräch mit Fides erklärte der Kardinal: „Ich hoffe, wir können weiterhin in diese Richtung denken und handeln und uns nicht auf die Entwicklung von Waffen konzentrieren. Denn ich befürchte, dass beides Hand in Hand geht: Auch Pakistan entwickelt eigene Waffen, Raketen und Schiffe. Wir sollten vielmehr, den Aufruf von Papst Leo zu einem ‚unbewaffneten und entwaffnenden‘ Frieden beherzigen und gemeinsam auf globale Abrüstung hinarbeiten. Wir hoffen und beten, dass Pakistan sich tatsächlich für den Weg eines echten Friedens entscheidet.“

„Vor dem schrecklichen Hintergrund des Krieges im Nahen Osten“, bemerkte Kardinal Coutts, „ist Pakistans Beteiligung an diesen Friedensbemühungen positiv und ein Hoffnungsschimmer für uns alle. Auch wir, die kleine christliche Gemeinde in Pakistan, arbeiten in dieselbe Richtung und wollen Frieden und Harmonie fördern.“

„Ich spreche lieber von ‚harmonischem Zusammenleben‘ als von interreligiösem Dialog“, bemerkt der Kardinal, dessen bischöfliches Motto „Harmonie“ lautet. „Harmonie bedeutet in der Tat gegenseitige Akzeptanz. Dialog kann bedeuten, die eigenen Positionen unverändert darzulegen. Der Zweck jedes Treffens ist jedoch, einander zuzuhören und jene Harmonie zu schaffen, die Frieden ermöglicht. Die Verwendung dieses Wortes ist wichtig, und nun verwendet es auch die pakistanische Regierung in Bezug auf das Ministerium bzw. Amt für religiöse Minderheiten und soziale Harmonie. Soziale Harmonie ist mit religiöser Harmonie verbunden. Diese beiden Elemente lassen sich nicht trennen“, betont er.

„Harmonie liegt mir sehr am Herzen, denn sie bedeutet Geschwisterlichkeit, sie bedeutet, gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben auf dieser Erde zu arbeiten. Dies ist eine Mission, eine spirituelle Mission, die wir als Christen in Pakistan trotz aller Herausforderungen und Schwierigkeiten weiterführen und von der wir hoffen, dass sie auch auf politischer Ebene Wirkung zeigen wird“, schließt er.

(PA) (Fides 16/5/2026)

Pakistan: Wieder ein Fall von Entführung und Zwangskonversion

Ein verheirateter Muslim entführte am 12. Mai ein 14-jähriges Mädchen, bekehrte sie gewaltsam zum Islam und heiratete sie, wobei er ihre körperlichen und psychischen Schwächen ausnutzte, um sie sexuell zu missbrauchen, sagen ihr Vater und sein Anwalt.

Abbas Masih, Tagelöhner und Mitglied einer örtlichen Brethren-Gemeinde in Lahores Gulbahar Colony, sagte, seine Tochter Nisha Bibi sei am 12. Mai verschwunden. Sie arbeitete als Haushaltshilfe in einem muslimischen Haushalt.

„Als Nisha nicht von der Arbeit nach Hause kam, gingen wir zum Haus ihres Arbeitgebers, wo uns gesagt wurde, dass sie bereits gegangen sei“, berichtete Masih gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Nachdem ich erfolglos nach ihr gesucht hatte, wandte ich mich an die Polizei. Aufnahmen der Überwachungskamera aus dem Haus des Arbeitgebers zeigten, wie Nisha mit einem unbekanntem Mann mittleren Alters das Haus verließ, woraufhin die Polizei eine Erstanzeige [FIR] wegen Entführung aufnahm.“

Masih sagte, die Familie habe eigenständig versucht, den Verdächtigen zu identifizieren, indem sie einen Screenshot der Überwachungsaufnahmen unter den Anwohnern in der Nachbarschaft, in der seine Tochter arbeitete, in Umlauf brachte.

„Eine Frau, die in einem Haus gegenüber dem Arbeitsplatz meiner Tochter beschäftigt ist, erkannte den Mann sofort als ihren 41-jährigen Ehemann Arshad Habib“, sagte er. „Sie erzählte uns, dass Habib am selben Tag zusammen mit ihren beiden minderjährigen Kindern verschwunden war, ohne sie darüber zu informieren.“

Masih sagte, seine Tochter leide an Epilepsie und psychischen Problemen.

„Der Gesundheitszustand meiner Tochter machte sie zu einem leichten Ziel“, sagte er. „Später erfuhren wir, dass der Angeklagte bereits dreimal verheiratet war und Kinder aus diesen Ehen hat.“

Er sagte, die Polizei habe der Familie später Dokumente vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass Nisha am 15. Februar zum Islam konvertiert sei und drei Tage später Habib geheiratet habe.

„Wir waren schockiert, als uns eine angebliche Konversionsurkunde und Heiratsdokumente als Beweis dafür vorgelegt wurden, dass meine Tochter freiwillig konvertiert sei und den Angeklagten geheiratet habe“, sagte Masih. „Diese Dokumente scheinen gefälscht worden zu sein, um ihn vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen.“

Er sagte, die Angst vor sozialer Stigmatisierung habe ihn davon abgehalten, das Verbrechen selbst innerhalb seiner Großfamilie offenzulegen.

„Ich habe nicht einmal meine Verwandten darüber informiert, was passiert ist, weil ich befürchte, dass es die Zukunftsaussichten meiner beiden jüngeren Töchter negativ beeinflussen könnte“, sagte er.

Die Anwältin der Familie, Zunara Patrick vom Obersten Gerichtshof in Lahore, sagte, Habib habe angeblich mehrere Ehen gleichzeitig geführt, ohne dass seine Ehefrauen davon wussten.

„Eine von Habibs Frauen hat sich bereits von ihm scheiden lassen, während die anderen beiden nun mit uns kooperieren, nachdem sie die Wahrheit über ihn erfahren haben“, sagte Patrick gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Patrick sagte, das Anwaltsteam habe Habib nach Khanpur im Distrikt Rahim Yar Khan im südlichen Punjab aufgespürt, wo er sich angeblich mit Nisha und zwei Kindern aufhielt, die er seiner dritten Frau weggenommen hatte.

„Als Teil unserer Rechtsstrategie habe ich im Namen seiner dritten Frau einen Habeas-Corpus-Antrag gestellt, um die Rückgabe ihrer beiden Kinder zu erwirken“, sagte Patrick. „Wir haben Habib zudem durch eine ergänzende polizeiliche Aussage offiziell als Hauptverdächtigen im Entführungsfall von Nisha benannt und koordinieren mit den Behörden seine Festnahme.“

Habib habe zudem angeblich in Zusammenarbeit mit einigen Anwälten gefälschte Rechtsdokumente erstellt, um die Ermittler in die Irre zu führen, sagte Patrick.

„Eine Erklärung, die angeblich am 2. März vor einem Richter in Lahore eingereicht wurde, behauptet, Nisha sei 18 Jahre alt, habe freiwillig zum Islam konvertiert und Habib aus freiem Willen geheiratet“, sagte Patrick. „Das Dokument behauptet ferner, sie habe Schutz vor ihrer Familie gesucht, da diese sie bedroht habe.“

Patrick wies die Echtheit der Erklärung zurück und warf Habib vor, die Religion auszunutzen, um sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

„Diese Handlungen deuten auf ein vorsätzliches Muster hin, bei dem schutzbedürftige junge Frauen für sexuelle Ausbeutung ins Visier genommen werden“, sagte sie. „In diesem Fall scheint der Beschuldigte die Konversion und die Heirat als Deckmantel genutzt zu haben, um einer Strafverfolgung zu entgehen. Wir sind entschlossen, das Kind zu befreien und alle anwendbaren Strafanzeigen zu verfolgen, einschließlich Straftaten im Zusammenhang mit Kinderheirat, Vergewaltigung einer Minderjährigen und Entführung.“

Nishas Fall gilt als weiterer Test für die pakistanischen Gerichte, die es versäumt haben, die Gültigkeit offizieller Geburtsurkunden in Fällen anzuerkennen, in denen es um mutmaßliche Zwangskonvertierungen und -heiraten von Mädchen aus Minderheiten geht. Das pakistanische Bundesverfassungsgericht (FCC) stellte am 6. Mai die Zuverlässigkeit von Urkunden der National Database and Registration Authority (NADRA) während eines Verfahrens in Frage, in dem es um ein 15-jähriges christliches Mädchen ging, das angeblich zur Konvertierung zum Islam gezwungen worden war.

Während der Anhörung merkte ein Richter an, dass NADRA-Unterlagen nicht automatisch als schlüssiger Altersnachweis gewertet werden könnten, da solche Dokumente potenziell manipuliert werden könnten.

Das Gericht hat in früheren Fällen ähnliche Bedenken geäußert. In einem umstrittenen Urteil vom 3. Februar bestätigte das FCC die Ehe der 13-jährigen Christin Maria Shahbaz mit einem 30-jährigen muslimischen Mann, trotz der Vorwürfe ihrer Familie, sie sei entführt und gewaltsam konvertiert worden. In seinem am 25. März veröffentlichten ausführlichen Urteil stellte das Gericht die Zuverlässigkeit der NADRA- und Gewerkschaftsratsunterlagen in Frage und verwies dabei auf Unstimmigkeiten in den Unterlagen und Zeugenaussagen bezüglich des Alters des Mädchens.

Pakistan belegte Platz acht auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors, einer Liste der 50 Länder, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind.

<https://morningstarnews.org/2026/05/married-muslim-said-to-forcibly-convert-marry-christian-girl/>

Saudi-Arabien: Als Christ im kirchenlosen Königreich

ICC Nachrichten & Berichte - Angriffe auf Kirchen sind in vielen Ländern eine harte Realität. Aber Saudi-Arabien gehört nicht dazu.

Als Geburtsort sowohl des Islam als auch des wahhabitischen Radikalismus gibt es in diesem Land mit mehr als 35 Millionen Einwohnern mehr als nur eine Handvoll Menschen, die zu einer solchen Tat fähig wären. Aber egal, wie radikal die Leidenschaft auch sein mag, es ist schwer, sich in etwas in die Luft zu sprengen, das gar nicht existiert.

Kirchen sind hier nicht erlaubt. Nicht einmal „Scheinkirchen“ nach nordkoreanischem Vorbild, die den gespenstischen Anschein von Religionsfreiheit erwecken. Das Königreich Saudi-Arabien weigert sich sogar, so zu tun als ob. Die Antwort lautet schlicht und einfach: Nein.

Eine solche Regelung stellt natürlich ein gewisses Problem für die 2,3 Millionen Christen dar – fast alle von ihnen Ausländer –, die im Land leben.

„Ausländische Christen treffen sich oft und beten in den Häusern der anderen“, sagte „Nicolas“, ein libanesischer Christ, der in Saudi-Arabien aufgewachsen ist. „Das haben wir früher ziemlich oft mit Freunden der Familie gemacht.“

Nicolas fügte hinzu, dass sie früher auch Weihnachtsfeiern mit geschmückten Bäumen und zahlreichen nicht-saudischen muslimischen Gästen veranstaltet hätten.

Ein wichtiger Faktor dabei ist die sozioökonomische Schicht. „Wir lebten in einer Wohnanlage, in der nur andere Ausländer wohnten“, sagte Nicolas.

Polizeiliche Überwachung und Eingriffe sind eine weitaus größere Realität, wenn man ärmer ist und in Wohnungen lebt, in denen sich illegale Einwanderer aufhalten. Das waren die Orte, an denen Ausländer – oft aus Äthiopien oder den Philippinen

An solchen Orten wurden Ausländer – oft aus Äthiopien oder den Philippinen – häufig dabei erwischt, wie sie als Gruppe an christlichen Aktivitäten teilnahmen.

Die Gesetze bezüglich der Ausübung solcher nicht-muslimischer Glaubenspraktiken sind nach wie vor recht unklar und lassen Raum für unterschiedliche Auslegungen. Polizeirazzien bei privaten christlichen Zusammenkünften sind seltener als in früheren Jahrzehnten. Und wenn sie doch stattfinden, beziehen sich die offiziellen Begründungen weniger auf Religion als vielmehr auf die verbotene Vermischung der Geschlechter oder die Anwesenheit illegaler Einwanderer.

Nicolas sagte, er und seine Familie könnten regelmäßig die Messe im Konsulat eines westlichen Landes besuchen, da solche Orte unter diplomatischem Schutz stünden. Es wurden sowohl protestantische als auch katholische Gottesdienste angeboten, die jedoch „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ stattfanden und eine Voranmeldung erforderten.

Nicolas sagte, er kenne nur wenige Saudis, die er als wohlhabend und westlich geprägt beschrieb. Er sagte, er habe noch nie einen einheimischen saudischen Christen getroffen und wisse nichts über sie.

„Ich bin mir sicher, dass sie, falls es welche gibt, in völliger Geheimhaltung leben oder versuchen, das Land zu verlassen und im Ausland Asyl zu beantragen“, fügte er hinzu.

Offiziell droht saudischen Konvertiten zum Christentum die Todesstrafe. In den letzten Jahren gab es jedoch keine solchen offiziellen Hinrichtungen. Dennoch wurden Konvertiten von Familienmitgliedern, die ihre Entscheidung missbilligten, mit tödlicher Gewalt konfrontiert.

Abgesehen von religiöser Intoleranz hat Saudi-Arabien negative Schlagzeilen gemacht wegen der Art und Weise, wie viele dort arbeitende ausländische Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Nicolas erklärte, dass er in Dschidda lebte, einer Hafenstadt am Roten Meer und dem liberalsten und weltoffensten Teil des Landes. Er fügte hinzu, dass die Menschen in der saudischen Hauptstadt Riad eher traditionell seien und dass es in ländlichen Gebieten einige ernsthafte Hardliner gäbe. Er meinte, dass seiner Meinung nach nur „sehr wenige [Saudis] in den Städten“ dschihadistische Gewalttaten gutheißen würden. Nicolas fügte hinzu, dass „Unterstützung für diese Art von Extremismus eigentlich nur unter den ärmsten und am wenigsten gebildeten Saudis zu finden sei“.

Doch selbst im vergleichsweise liberalen Dschidda gab es Vorfälle, die deutlich machten, dass sich Nicolas und seine Familie in einem Scharia-Staat befanden.

Seiner Freundin wurde von der berüchtigten saudischen Religionspolizei eine Kreuzkette „vom Hals gerissen und beschlagnahmt“. Diese Behörden hatten einst seine Tante verhaftet, weil sie ohne Anwesenheit ihres Mannes auf dem Beifahrersitz eines Taxis saß. Seine Mutter wurde zwar nie verhaftet, wurde aber einige Male zurechtgewiesen, weil sie in der Öffentlichkeit rauchte und während des Ramadan ihren Kopf nicht bedeckte.

Seine Großmutter geriet einmal in eine schwierige Situation mit lokalen Flughafenbeamten, als diese eine arabischsprachige Bibel in ihrem Besitz entdeckten. Letztendlich entging sie einer Bestrafung und durfte ihre Bibel behalten. Nicolas vermutete, dass dieses günstige Ergebnis auf ihr fortgeschrittenes Alter zurückzuführen war. „Die Saudis respektieren Ältere sehr“, bemerkte er.

Der einschneidendste Vorfall ereignete sich während eines Abendausflugs mit einer Gruppe von Freunden, allesamt arabische Ausländer, einige davon Christen, andere Muslime.

Zwei dieser Freunde hatten längere Haare und wurden von der Religionspolizei angesprochen, die es missbilligte, dass Männer eine solche Frisur trugen. Da die religiöse Zugehörigkeit auf saudischen Aufenthaltsgenehmigungen vermerkt ist, konnte die Religionspolizei schnell feststellen, dass einer dieser Männer mit längeren Haaren Christ und der andere Muslim war.

Diese Polizisten schrien den Christen lediglich an. Da jedoch an den Muslim höhere Maßstäbe angelegt wurden, begann die Polizei, ihn zu schlagen und „schnitt ihm auf der Stelle die Haare ab“, erinnerte sich Nicolas. „Es war brutal.“

Er glaubt, dass die meisten dieser Religionspolizisten nicht unbedingt Sadisten sind, sondern vielmehr „indoktrinierte“ Menschen, die das Gefühl haben, „das Richtige zu tun“.

Seit das Land 2016 Reformen durchgeführt hat, hat die Religionspolizei weitaus weniger Macht. Schläge und unfreiwillige Haarschnitte sowie andere Formen des Missbrauchs sind seltener geworden. Außerdem kann die Religionspolizei, anstatt Menschen aus beliebigen Gründen zu befragen und festzunehmen, „nur beobachten und der regulären Polizei melden“, erklärte Nicolas.

Die glorreichen Zeiten gewalttätiger, selbstgerechter Behörden scheinen vorbei zu sein. Doch Saudi-Arabien bleibt ein Scharia-Königreich, was bedeutet, dass man als Christ besser im Verborgenen bleibt und seine Kreuze versteckt hält.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]